

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erstausgabe: Donnerstags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 240 Mark. Einzelne Nummern 10 Mark.
Vertrieb: Verlagsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14874.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anklamungs-
stelle 25 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 50 R.,
unter Eingebund 60 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Vollage, Synodal-Vollage, Zeitungskisten der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landes-Kulturzentralbank, Jahresbericht und Rechnungsabgleichung
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 276

Montag, 27. November

1922

Bewährungsfrist für das Kabinett Cuno.

Ein Fehlbetrag von 890 Milliarden.

Reichskanzler Cuno vor dem Reichstag.
Berlin, 26. November.
Reichskanzler Dr. Cuno stellte sich am Sonnabend mit einer kurzen Rede dem Reichstag vor. Er gab der Übergangung Ausdruck, daß die Aufgaben, die uns in der nächsten Zeit bevorstehen, nicht drückend und groß werden können von einem Kabinett allein in Zusammenarbeit mit dem Reichstag, sondern, daß er dazu der verständlichen Zusammenarbeit mit den Ländern bedürfe. Der Reichskanzler kündigte ferner an, daß die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Aussprache nach Berlin zu bitten, die für die Arbeit des Kabinetts grundsätzlich und grundlegend sein soll. Dr. Cuno wiederholte, was er bereits im Reichstag betonte, daß er, im Rahmen der Verfassung, die Eigenart und Selbständigkeit der Länder zu erhalten wissen werde, und schloß mit dem Wunsch, daß die Frucht der gemeinsamen Arbeit der jetzt zusammen geschlossenen Länder im Reichsverband sein möge. Während Übernahme Reichsminister des Innern Dr. Deiser den Vorsitz mit einer kurzen Ansprache, in der er betonte, er sehe zwischen dem Reich und den Ländern keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, sondern nur gemeinsame Interessen, die gemeinsam im Geiste gegenseitigen Verständnisses und gegenseitigen Verständnisses gewahrt werden müssen.

Reichskanzler Dr. Cuno sprach sich zunächst mit dem Reichstag über den im Reichsverband stehenden Reichsminister Dr. Müller, um dann auf die Geschichte der letzten Krise und des jetzigen Kabinetts einzugehen. Er sagt, die Sozialdemokratie wäre grundsätzlich zur großen Koalition bereit gewesen und habe sich nur gegen die offizielle Beteiligung der Volkspartei an der Regierung gewandt. Nicht aus politischer Einsicht, sondern aus Angst vor den Kommunisten haben die Sozialdemokraten die große Koalition jetzt abgelehnt. Aber, wenn sie dem demokratischen Willensentwurf zustimmen, dann sind sie trotzdem mitterverantwortlich für die Politik des Kabinetts Cuno. Die Arbeiterschaft wird sich dieses Ganges bei der Sozialdemokratischen Partei nicht gelassen lassen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Reichstag: 274. Sitzung vom 25. November.

Die Sitzung wird mit einer halbständigen Verspätung eröffnet.

Zunächst werden einige kleine Gesetzentwürfe betr. die Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Postgesetzes, des Gesetzes gegen die Kapitalflucht und des Landessteuergesetzes den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Dann tritt das Haus in die Fortsetzung der Besprechung über die Erklärung der Reichsregierung ein.

Abg. Ledebour (Vollb.) beschäftigt sich zunächst mit dem politischen Vorleben des inzwischen zurückgetretenen Reichsfinanzministers Dr. Müller, um dann auf die Geschichte der letzten Krise und des jetzigen Kabinetts einzugehen. Er sagt, die Sozialdemokratie wäre grundsätzlich zur großen Koalition bereit gewesen und habe sich nur gegen die offizielle Beteiligung der Volkspartei an der Regierung gewandt. Nicht aus politischer Einsicht, sondern aus Angst vor den Kommunisten haben die Sozialdemokraten die große Koalition jetzt abgelehnt. Aber, wenn sie dem demokratischen Willensentwurf zustimmen, dann sind sie trotzdem mitterverantwortlich für die Politik des Kabinetts Cuno. Die Arbeiterschaft wird sich dieses Ganges bei der Sozialdemokratischen Partei nicht gelassen lassen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Reichskanzler Dr. Cuno

verleiht das Rücktrittsgesuch des ehemaligen Reichsfinanzministers Dr. Müller an den Reichspräsidenten und führt fort:

Dieses Brief spricht für sich selbst und bedarf nur einer kurzen Ergänzung. Auf Wunsch des Herrn Müller hat, nach einem Beschluß des Kabinetts, der Reichspräsident die Zustimmung der Reichsversammlung zur gegen Herrn Müller erhobenen Vorwürfe sofort untersucht. Hierbei hat Herr Abg. Sollmann-Röhl erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Herr Müller zu irgendeiner Zeit die Auflösung der Rheinlande vom Reich erstrebt oder gewollt habe.

Damit schreiben die Vorwürfe, die sich gegen die vaterländische Gesinnung des Herrn Müller richten, aus (Widerspruch links), gleichwohl besteht er auf seinem Rücktritt. Er tut das in der Erwägung, daß er, insofern der Angriff, persönliche Schwierigkeiten zu gewärtigen habe, die die volle Konzentration seiner Kräfte auf das hochbedeutende Amt unmöglich machen würden. Da ich gestern der Übergangung Ausdruck gegeben habe, daß in dieser schweren Zeit nur sachliche Arbeit bestehen kann und unfruchtbarer Parteikampf zurücktreten muß, mußte ich zu meinem Bedauern das Gesuch des Herrn Müller an den Reichspräsidenten weiterleiten. Ich bin mir der durch diesen Zwischenfall vermehrten Schwierigkeiten bewußt, für das Amt des Ernährungsministers eine Persönlichkeit zu gewinnen, der in gleicher Weise das Vertrauen der Landwirtschaft und die sachliche Eignung zur Seite steht, hoffe aber, das Kabinett sobald ergänzen zu können, und appelliere erneut, im vollen Geiste der schweren Verantwortung, die auf uns allen gleichmäßig lastet, an die sachliche Mitarbeit dieses hohen Hauses. (Stürmischer Beifall in der Mitte. — Zuruf Ledebour: Damit identifizieren Sie sich erneut mit den Großhändlern. — Anrufe rechts.)

Die Kommunisten haben inzwischen ein Mißtrauensvotum eingebracht, das folgenden Wortlaut hat:

Die Erklärung der Reichsregierung entspricht nicht den Anschauungen des Reiches, insbesondere mißbilligt der Reichstag die am 26. November 1922 angeordnete Durchbrechung der Wirtschaftsentwürfe, die in unzulässiger Weise die Massenentlassung bedrückter Angestellter und Arbeiter, die Beteiligung der Getreidemäcker und die danach angeordnete neue Preissteigerung und die andererseits, daß die Regierung, durch Sicherung der kapitalistischen Ordnung des Wiederbeschaffungspreises als Grundbedingung für die Preisbildung, die unerschütterliche Wucherfreiheit herzustellen entschlossen ist.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) begrüßt die im Voll Dr. Müller (Dann) gesandene Lösung und führt fort: Die Schwierigkeiten für die Sozialdemokratie sind von und obgleich gemindert worden. Solche Schwierigkeiten lasten auch bei uns und sind bei den Fraktionen immer sehr groß. Die Schwierigkeiten, vor der Herr Cuno stand, war die, ob er Verantwortlichkeiten finden würde, die gewollt waren, in dieser schweren Zeit die Verantwortung auf sich zu nehmen. In dieser Verantwortung hat er gefehlt, und wir müssen dem Reichskanzler dankbar sein, daß er uns ein Beispiel des Verantwortungsbegriffs gegeben hat. Der Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Dreißweid über Einiges und warnt davor, diesen Mann zu einem Kinderführer zu machen. Es ist falsch, daß die Wirtschaftler nur ihrem Profitinteresse folgen. Das Interesse am Werk ist für sie leitend. Neben der Stützung unserer Währung ist unter allen Umständen die Steigerung der Produktion notwendig. Vielleicht ist jetzt auch der Zeitpunkt gekommen, zu prüfen, ob nicht aus den Gesetzen zum Schutze der Republik die Bestimmungen getroffen werden können, die sich nicht nur gegen die Arbeiterorganisationen richten. In Italien haben sich die politischen Verhältnisse zu unseren Ungunsten verändert. Die Haltung des Völkerbundes in Oberschlesien war für uns die größte Enttäuschung. Niemals war die Welt weniger pazifistisch eingestellt als jetzt. In dieser Situation bietet nur der internationale Kapitalismus Aussicht auf Befreiung für uns. In Frankreich gibt es Kräfte, die auf Deutschlands Untergang hinarbeiten und vergessen, daß Deutschlands Untergang dem französischen Frankreich das gleiche Schicksal bereiten würde, wie es der russische Kubel, die polnische Marx und die österreichische Krone erlitten haben. Wenn bei uns jetzt ein Schlag gegen Frankreich besteht, so liegt das an der Fortsetzung des Krieges nach dem Friedensschluß. (Zustimmung.) Eine Politik des Wiederaufbaus durch Verständigung der deutschen Wirtschaft mit der französischen Schwereindustrie ist nicht vereinbar mit einer Politik der Sanktionen und Ultimaten und der Fortsetzung der Besetzung im bisherigen Umfang. Wir brauchen eine definitive Lösung des Reparationsproblems. Das Programm der neuen Reichsregierung billigen wir. (Lebhafter Beifall.)

geben hat. Der Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Dreißweid über Einiges und warnt davor, diesen Mann zu einem Kinderführer zu machen. Es ist falsch, daß die Wirtschaftler nur ihrem Profitinteresse folgen. Das Interesse am Werk ist für sie leitend. Neben der Stützung unserer Währung ist unter allen Umständen die Steigerung der Produktion notwendig. Vielleicht ist jetzt auch der Zeitpunkt gekommen, zu prüfen, ob nicht aus den Gesetzen zum Schutze der Republik die Bestimmungen getroffen werden können, die sich nicht nur gegen die Arbeiterorganisationen richten. In Italien haben sich die politischen Verhältnisse zu unseren Ungunsten verändert. Die Haltung des Völkerbundes in Oberschlesien war für uns die größte Enttäuschung. Niemals war die Welt weniger pazifistisch eingestellt als jetzt. In dieser Situation bietet nur der internationale Kapitalismus Aussicht auf Befreiung für uns. In Frankreich gibt es Kräfte, die auf Deutschlands Untergang hinarbeiten und vergessen, daß Deutschlands Untergang dem französischen Frankreich das gleiche Schicksal bereiten würde, wie es der russische Kubel, die polnische Marx und die österreichische Krone erlitten haben. Wenn bei uns jetzt ein Schlag gegen Frankreich besteht, so liegt das an der Fortsetzung des Krieges nach dem Friedensschluß. (Zustimmung.) Eine Politik des Wiederaufbaus durch Verständigung der deutschen Wirtschaft mit der französischen Schwereindustrie ist nicht vereinbar mit einer Politik der Sanktionen und Ultimaten und der Fortsetzung der Besetzung im bisherigen Umfang. Wir brauchen eine definitive Lösung des Reparationsproblems. Das Programm der neuen Reichsregierung billigen wir. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Ledebour (Vollb.) bedauert, daß die Sozialdemokratie der Regierung ferngeblieben ist und begründet es, daß der Reichskanzler sich für die Schonung der Eigenart der Länder und gegen die schrankenlose Durchführung des Einheitsrates ausgesprochen hat.

Abg. v. Graefe (Deutschvölkisch) hält die jetzige Gruppierung der Parteien für veraltet und überlebt. Der Wiederaufbau Deutschlands sei unmöglich durch die kapitalistische Internationale und den jüdischen Marxismus. Dem Kabinett, das die alte Welt fortsetzen wolle, könnten seine Freunde ihre Unterstützung nicht leisten.

Abg. Müller-Frank (Soj.):

Der v. Graefe hat vom Wiederaufbau gesprochen und gemeint, nur die Deutschvölkischen könnten ihn durchführen. Wir kennen die deutschvölkischen Organisationen und wissen, daß aus ihnen nicht Wiederaufbauer, sondern Ferkelbiede und Straßenräuber kommen (Stürmisches Geheul richtig links). Ich bedaure, daß der Abg. Stresemann heute den Abbau der Republiksschuld gefordert hat.

Die tatsächlichen Antiräte in Bayern sollten jedem die Notwendigkeit dieser Gesetze beweisen. Jede Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht, wie das in den letzten Tagen im bayrischen „Heimland“ geschah, öffentlich zu Wort und Brandstiftung aufgeführt werden kann. Aber die Angriffe des Herrn Graefe wegen der Ablehnung der Sozialdemokratie können wir getrost zur Tagesordnung übergehen. Die Demokraten haben in viel erwerteren Augenblicken die Arbeit niedergelegt und nur Herrn Müller als Streikposten im Kabinett zurückgelassen.

Abg. Müller stellt dann nochmals fest, daß die Sozialdemokratie nicht die geringste Verantwortung habe, das Kabinett nicht zu stützen, daß sie sogar aus unpolitischen Gründen seinen Rücktritt bedauere. In dieser schweren Zeit muß an der Spitze des Staatsschiffes ein sicherer Republikaner stehen, und ein solcher war der frühere Reichskanzler Dr. Müller. (Lebhafter Beifall links.) Wir haben damals, als die Frage der Rekonstruktion des Kabinetts aufstand, vor einer Änderung gewarnt, allerdings aber zu einer Besetzung des Außenministeriums geraten und uns mit einer eventuellen Neubildung des Ministeriums einverstanden erklärt. Wir haben dem damaligen Reichskanzler gesagt, sein Ruf nach Wirtschaftlern werde ebensowenig gehört werden, wie der, den andere Regierungen ergehen ließen. Die Wirtschaftler sind noch nie in die Front eingedrungen. (Sehr richtig links.) Sie bleiben je einmal lieber bei ihrem Geschäft, wenn sie aber in die Politik gehen, wie Walter Rathenau, dann werden sie erwerbel. (Sturm. Sehr richtig links.) Wir haben dem Reichskanzler auch erklärt, daß wir die große Koalition ablehnen. Wir verstehen, wenn Herr Müller sich so eifrig bemüht, die Schuld an

der Krise und in die Schuld zu schieben. Nicht bei uns, sondern beim Zentrum ist der Hebel dieser Krise zu suchen. (Sehr richtig links.) Der von der Schwerindustrie und den Agrariern gestützte Flügel um Steierwald wollte die große Koalition, koste es, was es wolle. (Sehr richtig links.) Man hat geglaubt, man brauche nur fest aufzutreten, um uns zum Umfall zu bringen. Ich habe aber zu erklären, daß wenn wir einmal ja oder nein sagen, es dabei bleibt. (Sturm. Sehr richtig links.) Die Rede vom 13. November ist nicht in so hatter Vereinbarung geschlossen worden, daß man sie zur Grundlage der inneren Politik machen kann. Der Unterschied zwischen uns und den bürgerlichen Parteien ist schon auf der Frage der Stabilisierung der Währung, die wir als das Primäre unserer Politik betrachten. Eine Steigerung der Produktion ist solange nicht möglich, solange der Arbeiter am Wochenende ein paar lumpige Tausend Mark bekommt, mit denen er nicht konsumieren kann. Wie soll ein Arbeiter, der tagelänger schwer schaffen muß, seine Arbeitslohn steigern, wenn er sich zu seiner Vergewaltigung nicht einmal Belohnung leisten kann. (Sehr richtig links.)

Aus der letzten Krise haben wir den Einbruch gewonnen, daß man die letzten Hüner der Zwangs-wirtschaft austreiben will. Diese Absicht ist für zum Ausbruch gekommen durch den Beschluß, sich in erster Linie gegen den bisherigen Reichs-wirtschaftsminister Robert Schmidt richtete. Ich habe schon in Östlich gesagt, man soll Stimmen nicht zum schwarzen Mann machen. Aber es ist doch so, daß man Stimmen irgendwo übersehen kann. Er ist ein hervorragendes Mitglied der Volkspartei und hat sich einen literarischen Nach-holz angeeignet, der mit und verbindet ist und sich in aller Schärfe gegen die letzte Note der Regierung äußern mußte, der doch auch die Volkspartei zugestimmt hat. Wenn die Volkspartei, wie das in einigen Reichstagen zum Ausdruck gebracht worden ist, die große Koalition anstrebt, um den Deutschnationalen durch die hinterlistigen Einflüsse zu verschleiern, dann können Sie es uns wirklich nicht verdenken, wenn wir

gegen diese große Koalition Mißtrauen haben. Es ist während der letzten Krise viel vom Wiederbruch des Parlamentarismus gesprochen worden. Wir müssen uns endlich auf diesen Beschluß der Regierungen entscheiden. Auch die französische Republik hat diese Krise des Parlamentarismus durchgemacht und sie überstanden. Auch die deutsche Republik wird sie überleben, weil sie die einzige Lebensform für Deutschland ist. Wir sehen in dem Kabinett Cuno eine verfassungsmäßige Regierung und freuen uns, daß Wirtschaftler in ihr sitzen. Die Reparationsverhandlungen stehen vor der Tür.

Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft werden wir die Regierung bei allen Schritten unterstützen, die sie zur Stabilisierung der Währung unternimmt. Unsere Opposition gegen die Regierung ist eine sachliche. Diese unsere Stellung ist im parlamentarischen System begründet, daß die Regierungspartei von gestern zur Opposition von heute macht. Zur deutschen Arbeiterschaft haben wir das Vertrauen, daß sie das Wesen des Parlamentarismus eher und besser begreifen wird, als mancher Parlamentarier in diesem hohen Hause. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es läuft dann ein demokratischer Antrag auf Schluß der Besprechung ein, der, gegen den Widerspruch der Kommunisten, zur Abstimmung und zur Annahme gelangt.

In der zu Beginn der heutigen Sitzung verlesenen Erklärung der Reichsregierung über die Demission des Reichsfinanzministers Dr. Müller-Donn erklärt

Abg. Sollmann-Röhl: In der Erklärung der Reichsregierung zum Falle des Herrn Dr. Karl Müller-Donn haben u. a. die Sätze: „Auf Wunsch des Herrn Müller hat, nach einem Beschluß des Kabinetts, der Reichspräsident der Zustimmung der Reichsversammlung zur gegen Herrn Müller erhobenen Vorwürfe sofort untersucht. Hierbei hat Herr Abg. Sollmann erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Herr Müller zu irgendeiner Zeit die Auflösung der Rheinlande vom Reich erstrebt oder gewollt habe.“

Da die Form dieser Erklärung zu dem Mißtrauens-Antrag geben kann, ich hätte irgend eine meiner Behauptungen zurückgenommen, oder auch nur gemildert, habe ich folgendes, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung, festzusetzen: Nach der gestrigen Reichsversammlung ließ mich der Herr Reichsjustizminister Dr. Dingeldey in das Amtsinhaber des Herrn Reichsjustizministers, Herrn Dr. Kurt Müller, berufen. Später nahm an der Sitzung